

Meinhard Miegel

**Von der Expansion zur Kontraktion
Zins und Wachstum in hoch entwickelten Volkswirtschaften**

**3. Konferenz des Denkwerks Zukunft
"Leben ohne Zins und Wachstum - Ausblick auf eine neue Ära"
am 1. Dezember 2012 in Berlin**

"Deutschland braucht Wachstum" - das meinten vor einiger Zeit reichlich 80 Prozent der Deutschen. Etwa 70 Prozent waren sogar der Auffassung, ohne Wachstum könne Deutschland nicht überdauern. Und immerhin noch mehr als 60 Prozent erklärten, "ohne Wachstum ist alles nichts". Menschenwürde, Menschenrechte, Demokratie - das ist alles gut und schön, aber ohne das Wachstum der Wirtschaft eben nicht genug.

Da kann es nicht verwundern, wenn auch die Bundeskanzlerin in diesen Chor einstimmt und lapidar feststellt: Wachstum ist der Schlüssel zum Ganzen. Denn ohne Wachstum, so die Bundeskanzlerin weiter, keine Investitionen, keine Arbeitsplätze, keine soziale Sicherheit, keine Bildung und keine Hilfe für die Armen hierzulande und in der weiten Welt. Dabei kann sie, dies sagend, sicher sein, dass sie nicht nur alle Parteien, sondern auch die große Bevölkerungsmehrheit hinter sich hat.

An Wachstumsbekenntnissen fehlt es also nicht, obgleich sie - je länger je mehr - wie Beschwörungsformeln klingen. Denn während alle vom Wachstum reden und seine Segnungen preisen, verflüchtigt es sich - zwar langsam, aber unerbittlich.

Das zeigt Schaubild 1. Dargestellt ist das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum pro Kopf und Jahrzehnt in der Bundesrepublik Deutschland in konstanten Preisen seit 1950. Danach fiel die Wachstumsrate von rund 7 Prozent in den 1950er Jahren auf knapp 3 Prozent in den 1970er und 1,3 Prozent in den 1990er Jahren. In diesem Jahrzehnt dürfte die Rate vielleicht noch bei 0,6 Prozent liegen und dann immer mehr nach Null tendieren.

Aber nicht nur die Raten sinken. Es sinken auch die absoluten Zuwächse von 3.000 Euro pro Kopf und Jahrzehnt in den 1950er/60er Jahren über rund 2.000 Euro in den 1970er/80er Jahren auf etwa 1.000 Euro in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten - mit weiter fallender Tendenz.

Schaubild 1:
Durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum pro Kopf und Jahrzehnt in Deutschland
in konstanten Preisen 1950-2050

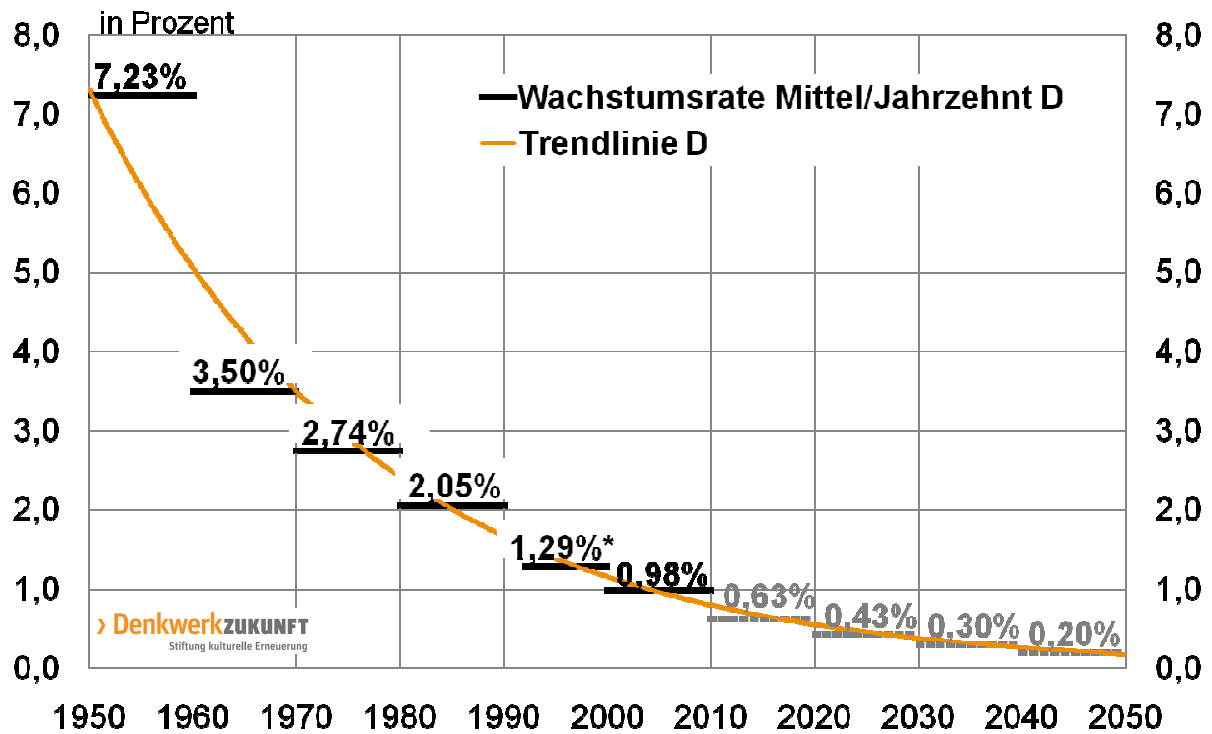
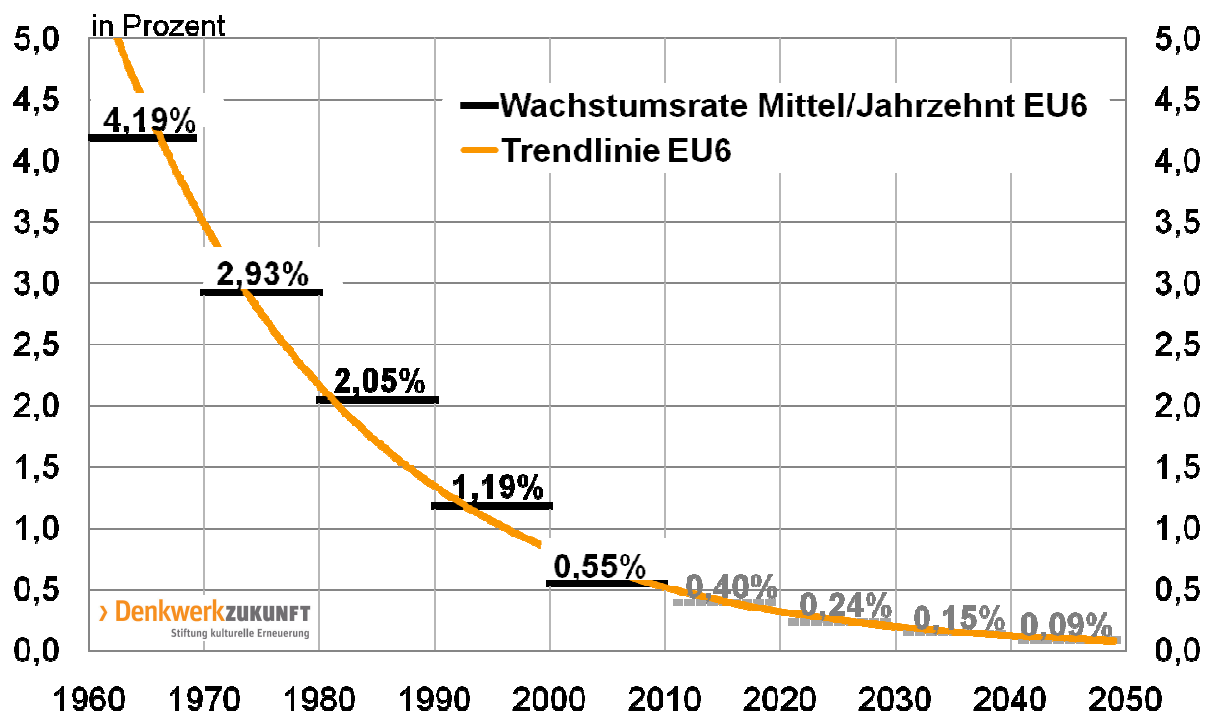


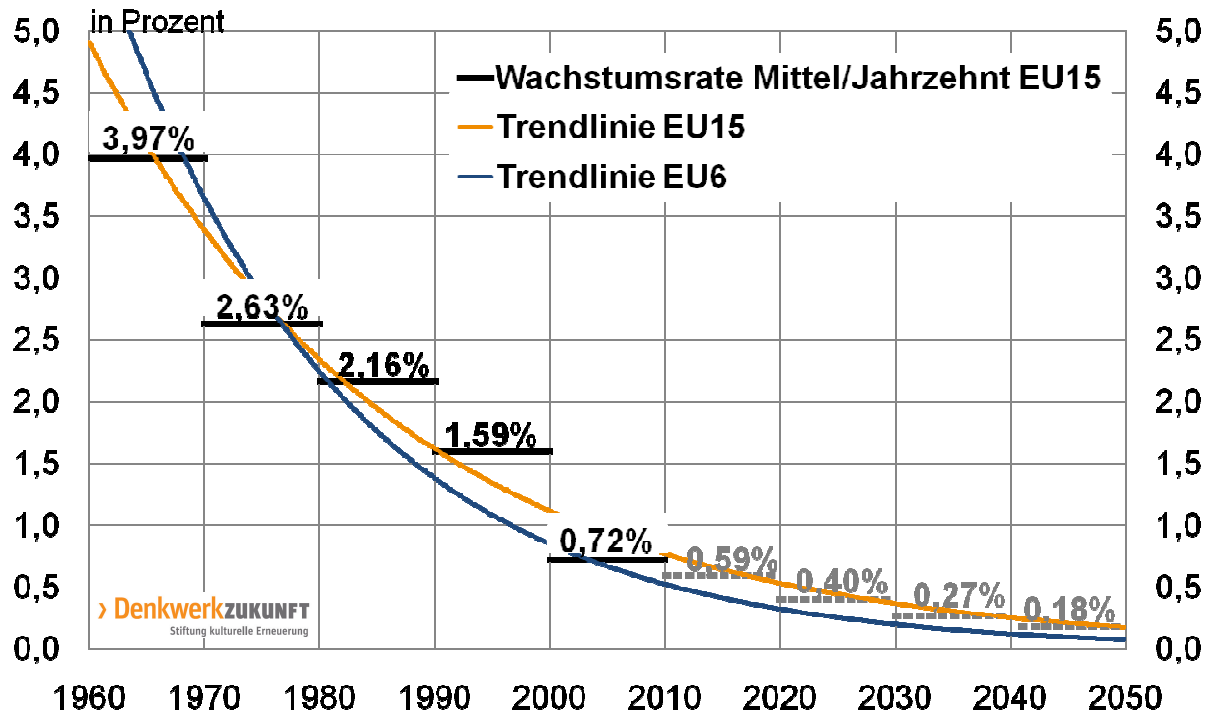
Schaubild 2:
Durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum pro Kopf und Jahrzehnt in den Gründungsstaaten der EU
in konstanten Preisen 1960-2050



Und was für Deutschland gilt, gilt fast unterschiedslos für die EU6, die Gründungsstaaten - Schaubild 2 - und nur mäßig modifiziert auch für die EU15, also die insbesondere um Großbritannien erweiterte Union - Schaubild 3.

Der Trendverlauf ist überall recht ähnlich.

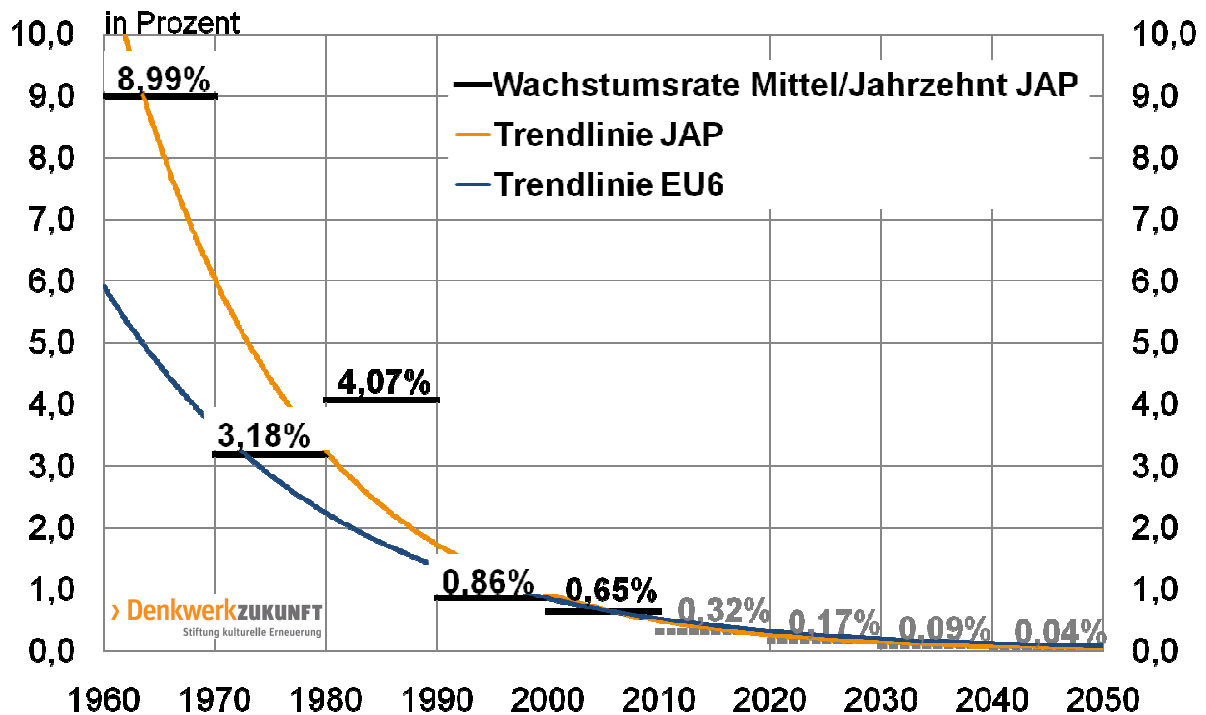
Schaubild 3:
Durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum pro Kopf und Jahrzehnt in der EU15 in konstanten Preisen 1960-2050



Quelle: AMECO 2012

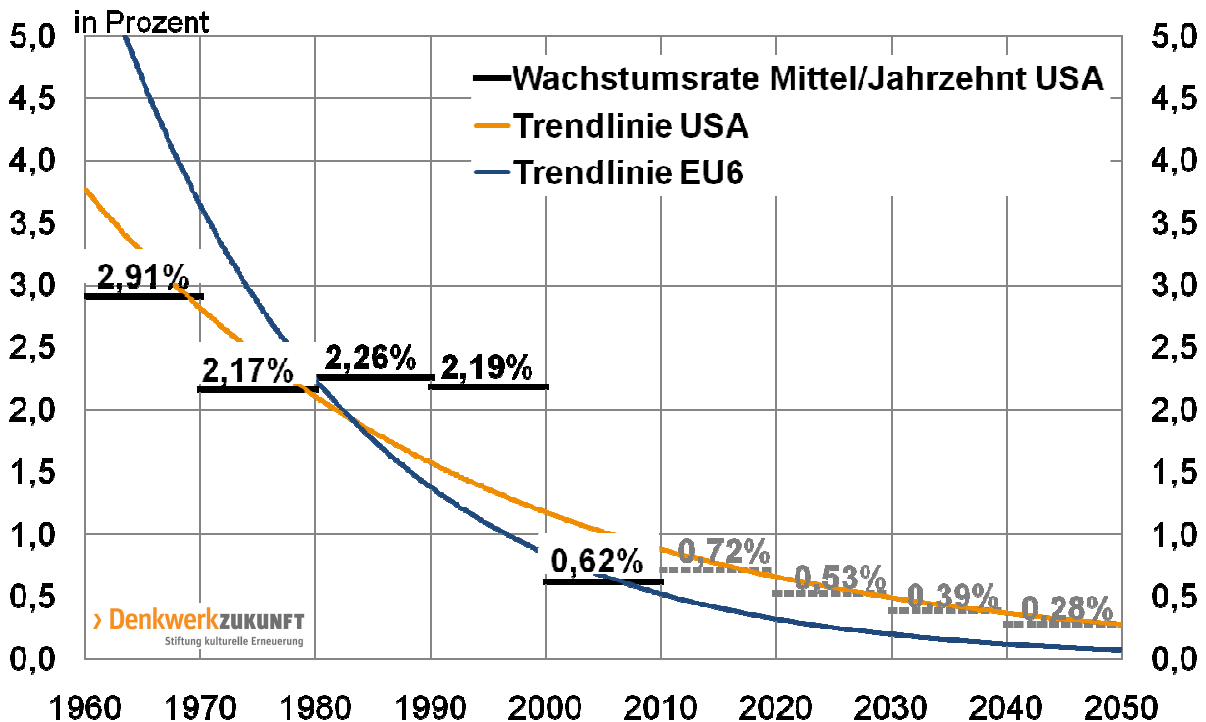
Etwas erratischer stellt sich die Entwicklung in Japan dar - Schaubild 4 - dessen Wirtschaftswachstum in den 1980er Jahren deutlich dynamischer war als in der EU6, im Folgejahrzehnt aber umso schwächer.

Schaubild 4:
Durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum pro Kopf und Jahrzehnt in Japan in konstanten Preisen 1960-2050



Quelle: AMECO 2012

Schaubild 5:
Durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum pro Kopf und Jahrzehnt in den USA in konstanten Preisen 1960-2050



Quelle: AMECO 2012

In den USA schließlich - Schaubild 5 - waren die Wachstumsraten während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar bemerkenswert konstant. Seit der Jahrhundertwende marschieren aber auch sie im Gleichschritt mit Europa und Japan. Die Wirklichkeit hat auch sie zusammen eingeholt.¹

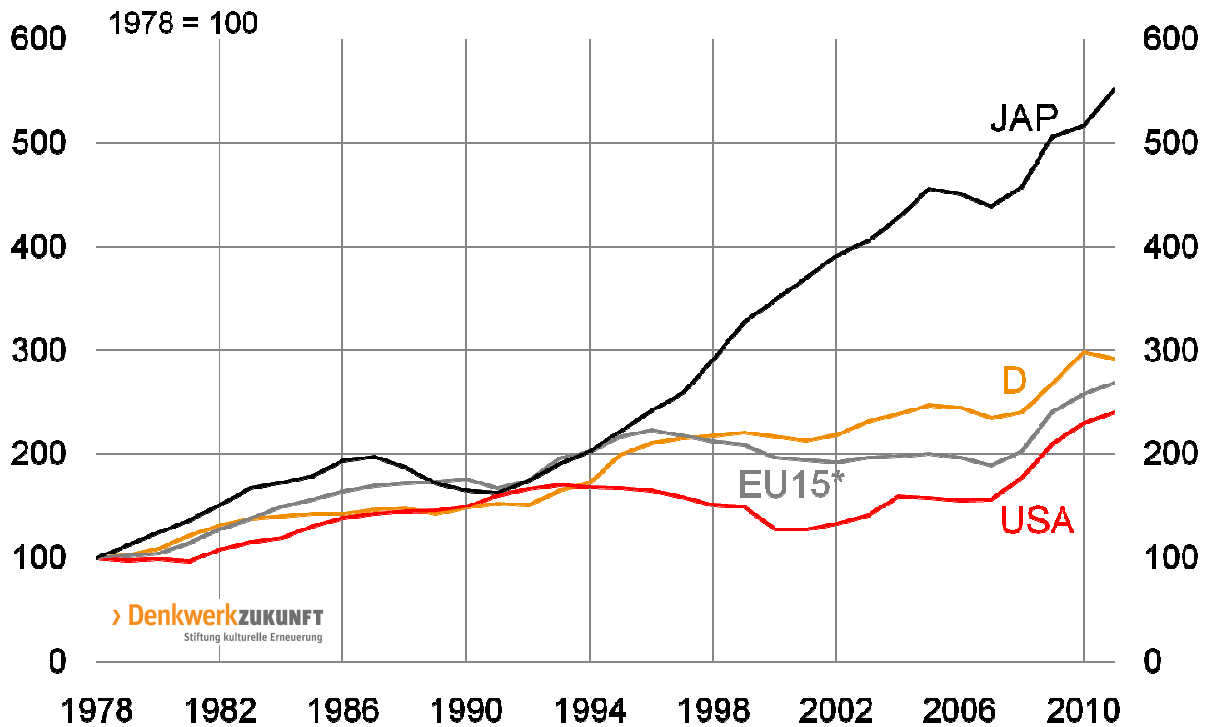
Dabei haben die meisten früh industrialisierten Länder schon seit den 1960er Jahren größte Anstrengungen unternommen, sich diesem Abwärtssog zu entziehen und den fallenden Wachstumstrend wieder nach oben "zu prügeln" (Thomas Mayer). Ständig waren sie damit beschäftigt, Wachstumshemmnisse aufzuspüren und möglichst zu beseitigen. Schon 1967 erließ beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland - typisch deutsch - ein Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, in dem ausdrücklich ein "stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum" dekretiert wurde. Die 1980er Jahre wurden dann zum Jahrzehnt der Deregulierungen. Ausgehend von Großbritannien und den USA sollte den Wachstumskräften von nun an wirklich nichts mehr im Wege stehen.

Doch das alles genügte noch nicht. Seit Beginn der 1970er Jahre trafen sich in schöner Regelmäßigkeit die Staats- und Regierungschefs der damals wirtschaftlich bedeutsamsten Länder, um über wirtschafts- und wachstumsstimulierende Maßnahmen zu beraten. Aufgeschreckt durch zwei aufeinander folgende Ölpreisschocks, 1973 und 1979, glaubten sie, die Marktkräfte nicht nur freisetzen, sondern auch noch durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme anschieben zu müssen. Besonders explizit erfolgte dies auf dem Bonner Gipfel im Jahre 1978, auf dem noch verbliebene Schuldenbremsen für öffentliche Haushalte zugunsten von mehr Wachstum faktisch beseitigt wurden. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Die Schulden explodierten.

Von 1978 bis 2011 stiegen sie - gemessen am BIP - in Japan auf das 5,5fache, in Deutschland auf das 3fache, in der EU15 auf das 2,7 und in den USA auf das 2,5fache - Schaubild 6. Als Folge stieg die Bruttoschuldenquote in Japan auf über 200, in den USA auf über 100 und der EU15 sowie Deutschland auf mehr als 80 Prozent des BIP - Schaubild 7. Das änderte nichts an den Wachstumstrends. Sie gingen weiter abwärts.

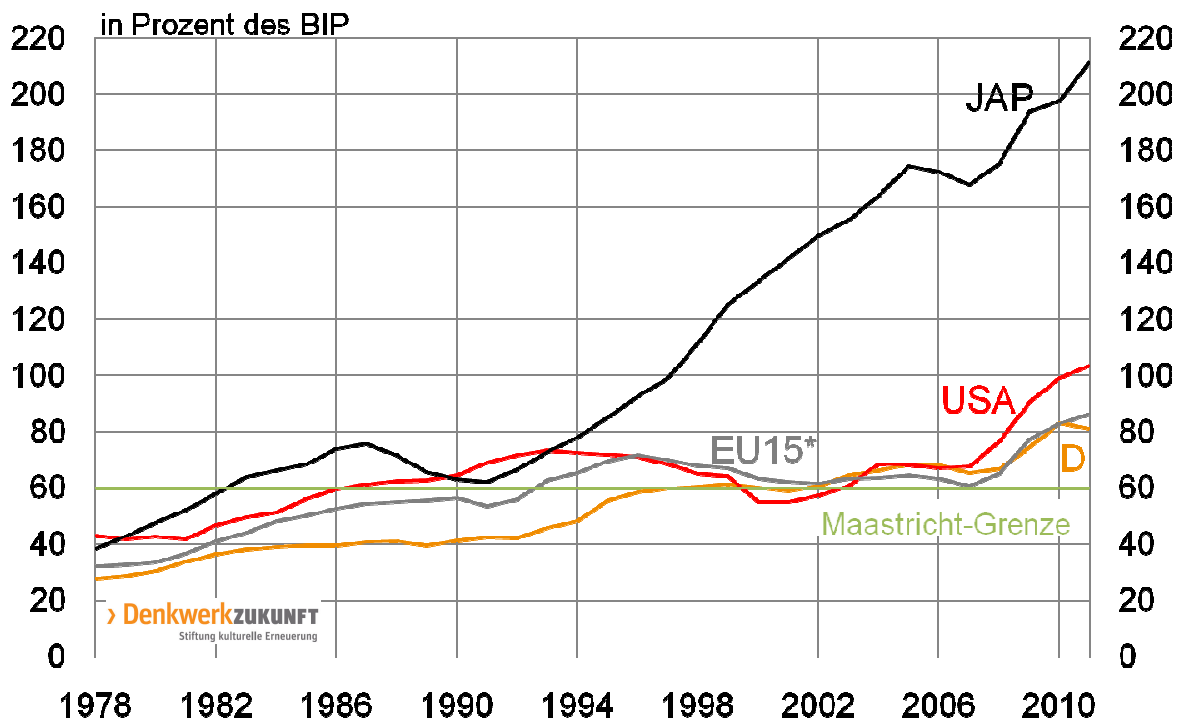
¹ Zu den einzelnen Wachstumstrends vgl.
<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/wachstumstrends>

Schaubild 6:
Entwicklung der Bruttoschuldenquote der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern 1978-2011



Quellen: Europäische Kommission 2012; AMECO 2012 / *bis 1990 EU12

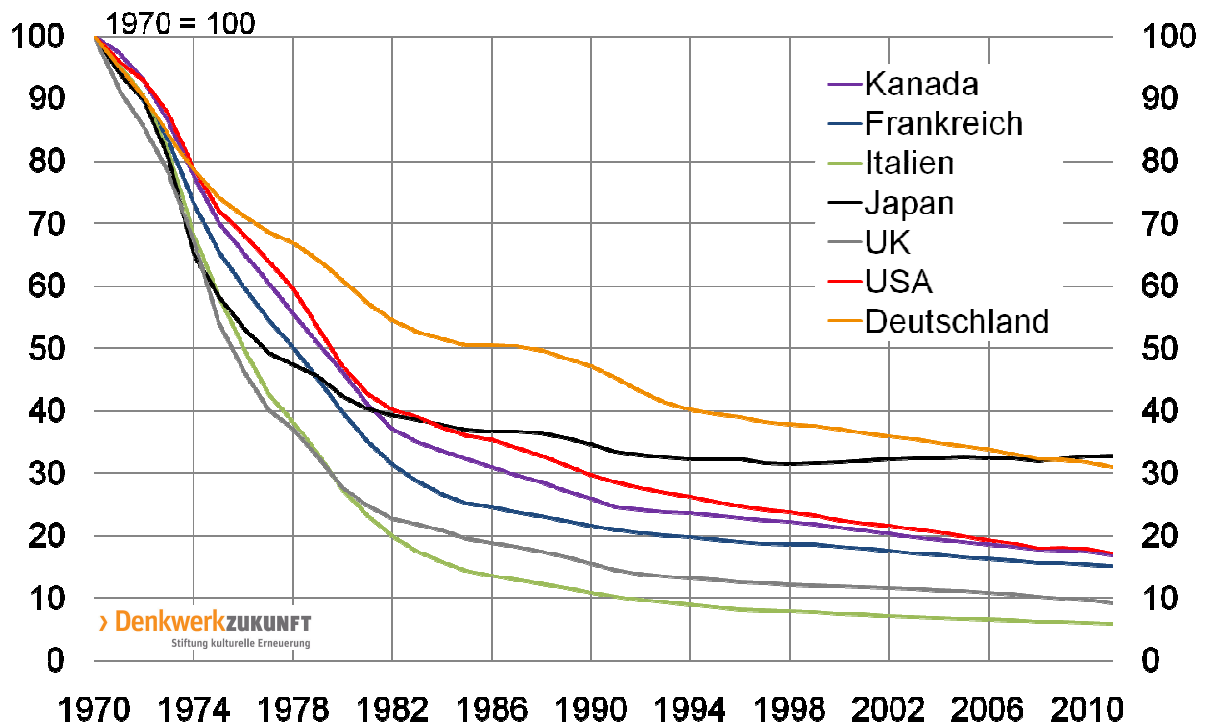
Schaubild 7:
Bruttoschuldenquote der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern 1978-2011



Quellen: Europäische Kommission 2012; AMECO 2012 / *bis 1990 EU12

Und wo die öffentliche Hand in solchem Ausmaß Schulden macht, ist die Entwertung des Geldes nicht fern - Schaubild 8.

Schaubild 8:
Entwicklung des Geldwertes in den Ländern der G7 1970-2011



Quelle: OECD 2012

Dies ist sicher nicht der einzige Grund für die zügige Inflation, aber doch ein wesentlicher: Immerfort sollte der Geldmantel so weit geschnitten sein, dass er das erhoffte Wachstum auf keinen Fall beengen würde. Das Wachstum aber ging weiter zurück.

Aus der Sicht der Politik half jetzt nur noch ein markiger Beschluss, den die Europäer im März 2000 in Lissabon fassten: eine durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate von etwa drei Prozent für die kommenden Jahre. Tatsächlich wurden 0,72 Prozent erreicht, knapp ein Viertel des anvisierten Wertes.

Man braucht kein Wachstumsgegner, Wachstumskritiker und noch nicht einmal Wachstumsskeptiker zu sein, um vor dem Hintergrund dieser Wachstumsgeschichte Zweifel daran zu hegen, ob es sinnvoll und verantwortbar ist, das Wohl und Wehe nicht nur von Gesellschaften, sondern von ganzen Kulturen von eben diesem dahinschwindenden Wachstum abhängig zu machen und es weiter als Schlüssel zum Ganzen auszugeben, ohne den alles nichts ist. Dies umso mehr, als kaum etwas dafür spricht, dass sich der seit einem halben Jahrhundert abschüssige Wachstumstrend in vorausschaubarer Zukunft wendet. Viel spricht hingegen für das Gegenteil.

Fünf Gründe seien genannt:

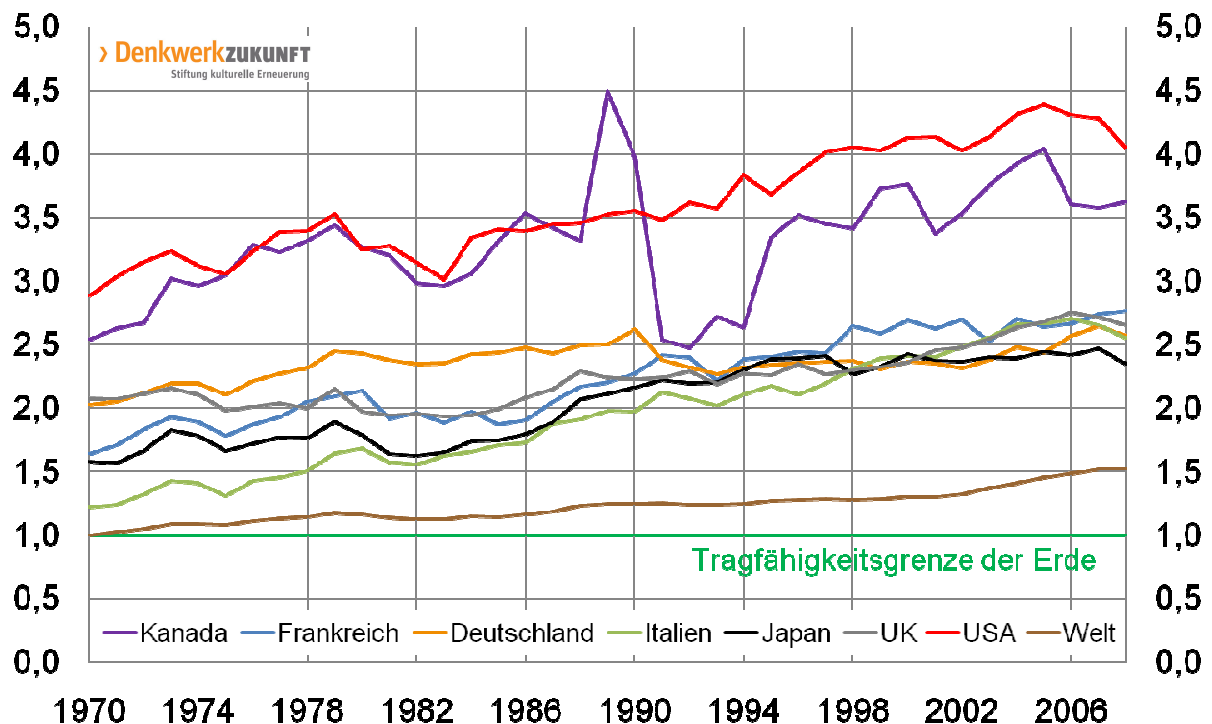
– **Schulden**

Wachstum durch weitere Schulden wird immer schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich werden. Zwar werden die Staaten versuchen, das Geld, das ihnen die Bürger nicht mehr freiwillig leihen, ihnen mit List zu nehmen - sei es, dass sie deren Vermögen mit Abgaben belasten, die nur aus der Substanz erbracht werden können, sei es, dass sie durch politische Interventionen ein Zinsniveau etablieren, das dauerhaft unterhalb der Inflationsrate liegt, sei es irgendetwas anderes. Eher früher als später werden sie jedoch merken, dass auf diese Weise kein dauerhaftes Wirtschaftswachstum geschaffen werden kann.

– **Umwelt und Ressourcengrenzen**

Das bisherige Wachstum ging einher mit einem Ressourcen- und Umweltverbrauch, die auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten sind. Kein einziges entwickeltes Land wirtschaftet noch innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde - Schaubild 9. Die meisten liegen weit außerhalb.

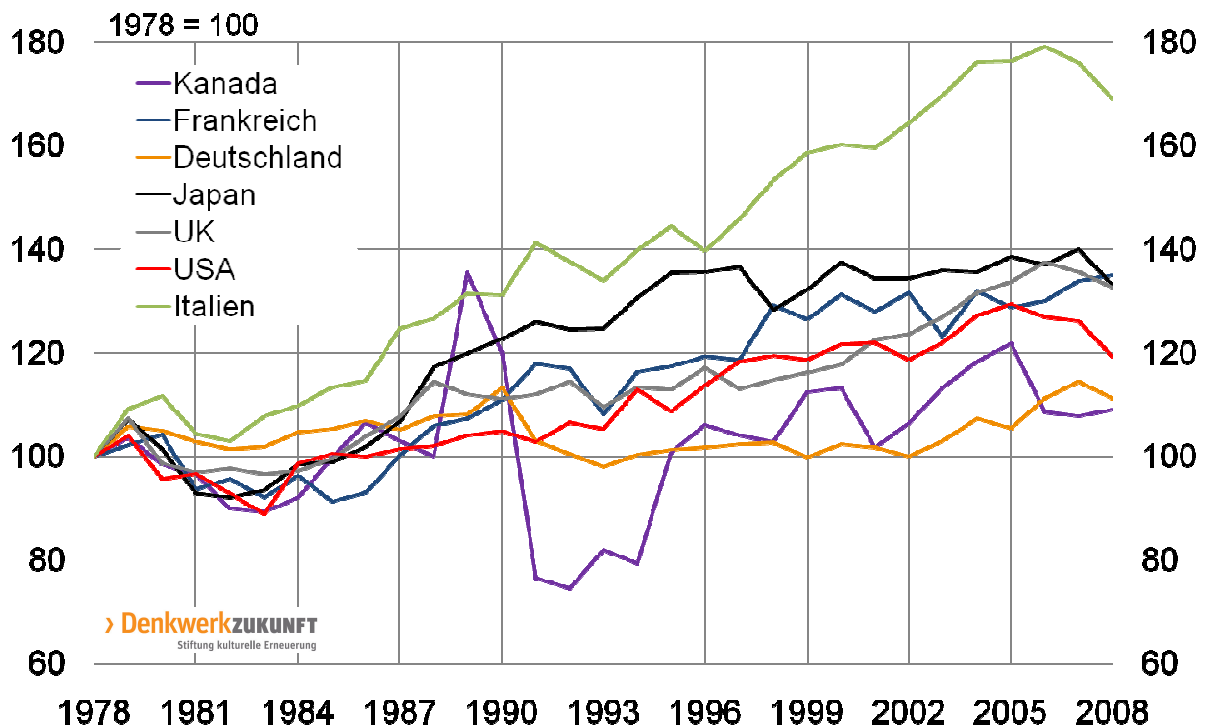
Schaubild 9:
Ökologischer Fußabdruck der Länder der G7 im Verhältnis zur global verfügbaren Biokapazität pro Kopf 1970-2008



Quelle: Global Footprint Network 2011

Alle Bemühungen, hieran etwas zu ändern, sind im Ergebnis bislang gescheitert. Ressourcen- und umweltschonenderes Wirtschaften wurde konterkariert durch Mehrverbrauch - Schaubild 10.

Schaubild 10:
Entwicklung des Ökologischen Fußabdrucks der Länder der G7 im Verhältnis zur global verfügbaren Biokapazität pro Kopf 1978-2008



Quelle: Global Footprint Network 2011

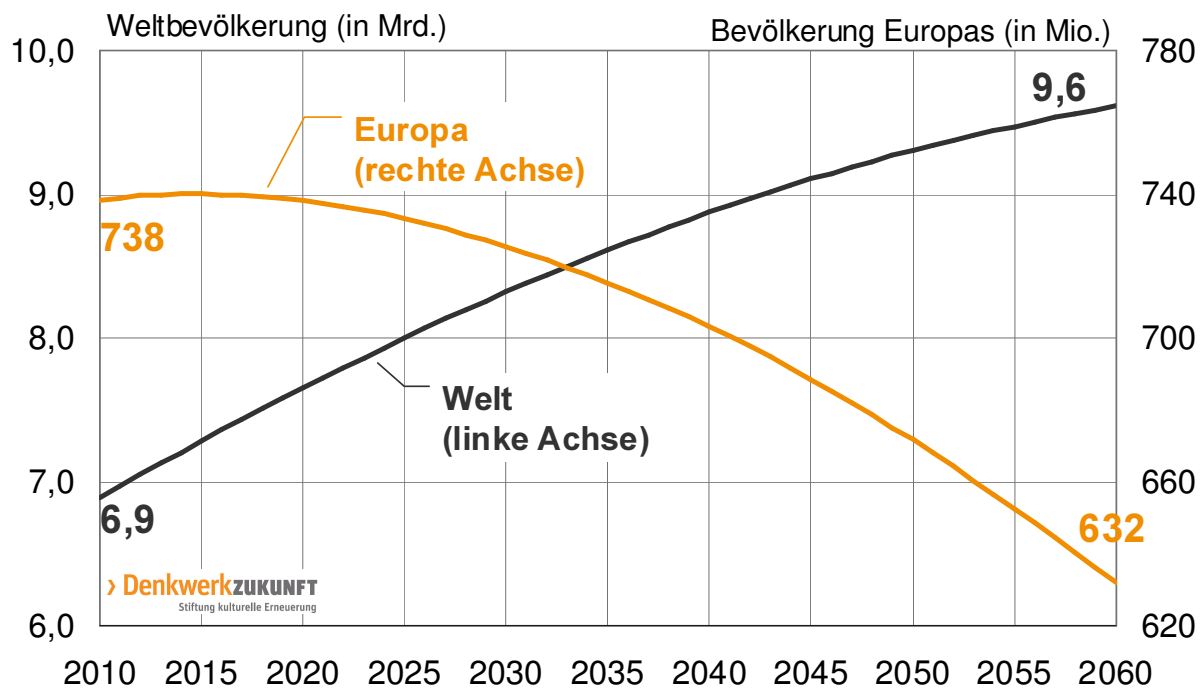
– Privilegien

Das dynamische Wachstum der entwickelten Länder beruhte nicht zuletzt auf ihrer historisch bedingten Position einzigartiger Privilegierung. Die Völker dieser Länder, die etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung stellen, verbrauchten vier Fünftel der natürlichen Ressourcen und erzeugten vier Fünftel des globalen Mülls - in jedwedem Aggregatzustand. Doch diese Relationen verschieben sich rapide. Ein Indikator hierfür: noch 1995 betrug der Anteil der Europäer an der globalen Wertschöpfung ein Drittel. 2010 war es noch ein Viertel mit weiter fallender Tendenz. Die so genannten Schwellenländer steigerten hingegen im gleichen Zeitraum ihren Anteil von einem Achtel auf ein Drittel.

– Demographie

Während die Weltbevölkerung vorerst weiter rapide wächst - Schaubild 11 - nehmen die Bevölkerungen der meisten entwickelten Industrieländer zügig ab. Zugleich stehen sie im Alterungsprozess an der Spitze der Bewegung. Welche Rückwirkungen dies auf die wirtschaftliche Entwicklung hat, ist noch nicht abschließend geklärt. Doch sind dämpfende Wirkungen wahrscheinlicher als stimulierende.

Schaubild 11:
Bevölkerung der Welt und Europas 2010-2060



Quelle: World Population Prospects, Welt: medium variant, Europa: constant fertility variant

– Sicht- und Verhaltensweisen

Möglicherweise ist dies der entscheidende Bremsfaktor: Immer mehr Menschen in den hoch entwickelten Ländern sind nicht mehr bereit, ihre individuellen Lebensentwürfe der Mehrung des BIP, also dem tradierten Wachstum, ein- oder gar unterzuordnen. Die große Mehrheit erklärt: Wir möchten zwar gerne behalten, was wir haben. Aber mehr braucht es nicht zu sein. Der Punkt scheint erreicht, "wo sich sozusagen die Woge bricht, wo der Aufwand an materiellen Mitteln, an Fleiß, an körperlicher und geistiger Kraft, sich nicht mehr lohnt" und "der Einzelne sich sagt: 'Das kann nicht der Sinn des Lebens sein'", so Ludwig Erhard 1961. Oder derselbe 1964: "Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen oder es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistungen auf diesen 'Fortschritt' mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen". Und in der Tat: Diese Frage wird heute in den wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern millionenfach gestellt und zunehmend affirmativ beantwortet.

Was aber bedeutet das für künftige Wachstumstrends? Ich bin sicher, es wird auch künftig Wachstum geben. Der Mensch ist nicht für Stillstand gemacht. Aber wahrscheinlich wird Anderes wachsen als "der Geldwert aller in einem Zeitraum erstellten Güter und Dienste". Was das sein wird, zeichnet sich bereits schemenhaft ab. Selbst die Europäische Kommission hält "eine durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate von etwa drei Prozent" nicht mehr für "eine realistische Aussicht für die kommenden Jahre". Stattdessen postuliert sie nunmehr in ihrer Strategie Europa 2020 - ohne jede Quantifizierung - Wachstum, das intelligent, nachhaltig und integrativ ist.

Das lässt sich hören. Doch wird ein solches Wachstum weiterhin jener Schlüssel zum Ganzen sein, ohne den alles nichts ist? Und was bedeutet eine solche Umorientierung für Arbeitsplätze, soziale Sicherungssysteme, den Aufwand für Bildung und vieles andere mehr? Kurz: Was bedeutet sie für die gesellschaftliche Funktionsfähigkeit, zum Beispiel auch die Geldwirtschaft, das Zinssystem? Darüber soll in den kommenden Stunden nachgedacht werden. Und das heißt nichts Geringeres als eine neue Ära in Augenschein zu nehmen.